

Irene Marjam Tazi-Preve (Wien)

# Einstellungen der ÖsterreicherInnen zu Familie, Familienpolitik und dem Geschlechterverhältnis.

## Forschungsergebnisse des „Population Policy Acceptance Survey“ (PPA)

*Ausgangspunkt des Beitrages bildet die Darstellung des österreichischen Forschungsprojektes „Population Policy Acceptance Survey“ (PPA II) zu bevölkerungswissenschaftlichen Themen. Im Jahr 2001 wurden rund 2.000 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren zu ihrer Einstellung zu Familie, Familienpolitik und dem Geschlechterverhältnis befragt. Die Ergebnisse zur Akzeptanz der sich verändernden Lebensformen zeigen, dass die Ehe gleichbleibend hohe gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Gleichzeitig wird die Zunahme nichtehelicher Lebensformen von einer steigenden Befürwortung seitens der Bevölkerung begleitet. Die Ergebnisse verweisen weiters darauf, dass die familiäre Arbeitsteilung in ihrem Kern traditionell geblieben ist, und dass sich eine für Frauen ungünstige Verteilung der Tätigkeiten im Haushalt negativ auf den Kinderwunsch auswirkt. Obwohl Österreich explizit keine pronatalistischen Ziele verfolgt, zielt der Ausbau familienpolitischer Maßnahmen dennoch auf die Erhöhung der Geburtenrate ab. Die Überprüfung dieses Zusammenhangs ergab jedoch keinen empirischen Beleg dafür, dass eine Erhöhung der Unterstützungsleistungen die Bereitschaft zur Geburt eines (weiteren) Kindes entscheidend beeinflusst. Zudem zeigt unsere Analyse, dass die Sensibilität von Frauen bezüglich einer Ungleichbehandlung im Beruf sehr stark und das Vertrauen in Frauenförderungsmaßnahmen hoch ist.*

### 1. Einleitung

Der vorliegende Beitrag befasst sich mit einem am Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften durchgeführten Forschungsprojekt zu Familie, Familienpolitik, Geschlechterverhältnis, Altern und Migration (Gisser 2003).<sup>1</sup> Ergebnisse aus den drei erstgenannten Themenbereichen werden vor dem Hintergrund der aktuellen demographischen Entwicklung, die hauptsächlich durch den Geburtenrückgang und die Alterung der Gesellschaft geprägt ist, präsentiert. Folgende bevölkerungspolitisch relevante Fragestellungen wurden für diesen Bericht ausgewählt: Wie werden die sich verändernden Familienformen von der Bevölkerung wahrgenommen? Ist der Kinderwunsch der Befragten durch eine aktive

Familienpolitik beeinflussbar? Inwiefern hängen traditionelle Partnerschaftsmodelle und Kinderwunsch zusammen? Warum wird die rechtliche Möglichkeit der Karenzierung von Vätern nicht angenommen? Zudem wird auf die Frage eingegangen, wie das Geschlechterverhältnis von den Befragten wahrgenommen und inwieweit Frauenförderungs politik akzeptiert wird.

### 2. Der Population Policy Acceptance Survey (PPA II)

Das Projekt PPA II<sup>2</sup> befasst sich mit Wissen und Einstellungen zu Bevölkerung (Geburten, Alterung, Familienformen u.a.), zur Familienpolitik und dem Geschlechterverhältnis in Österreich. Die Grundlagen der repräsentativen

Studie wurden unter der Beteiligung von 13 europäischen Staaten<sup>3</sup> mit besonderer Berücksichtigung demographischer Fragestellungen erarbeitet. Die Befragung wurde 2001 durchgeführt, die Anzahl der Befragten betrug rund 2.000 Personen im Alter zwischen 20 und 65 Jahren. Die Feldarbeit erfolgte durch das Meinungsforschungsinstitut Fessel+GfK. Die Studie wurde mit Förderungsmitteln des Fonds der Wissenschaftlichen Forschung und dem Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank durchgeführt.

Ziel des Projekts ist es, die Thematik „Familie“ im Spannungsfeld von „Privatheit“ und „Öffentlichkeit/Ökonomie“ zu betrachten. Zum einen gilt es, den Blick auf die Art und Weise zu richten, wie Familie gelebt und bewertet wird. Zum anderen werden familiäre Bedürfnisse im Hinblick auf die sich rapide verändernden Strukturen am Arbeitsmarkt beleuchtet. Ein dritter Schwerpunkt gilt der Evaluierung politischer Maßnahmen, die hinsichtlich der Familienförderung gesetzt wurden. Detailliert betrachtet wird das Konfliktfeld „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ in seinen verschiedenen Dimensionen. Hierzu werden die realen Bedingungen erfasst, unter denen Frauen Familienarbeit und Berufstätigkeit zu verbinden versuchen. Besonderes Augenmerk wird in der Studie auf die Beteiligung von Vätern an der Kinderbetreuung und Hausarbeit gelegt. Die als Reaktion auf das Problem der Vereinbarkeit gesetzten politisch initiierten Förderungsmaßnahmen (Flexibilisierung der Arbeitszeit u.a.) werden im Hinblick auf ihre Wirksamkeit und geschlechtsspezifische Zielrichtung untersucht. Neuere politische Trends, die zum einen als Reaktionen auf die jüngsten demographischen Entwicklungen zu interpretieren sind (z.B. Kinderbetreuungsgeld), zum anderen ökonomischen Rahmenbedingungen (Sparpaket u.a.) unterliegen, werden durch die Umfrage „evaluiert“.

### 3. Demographischer Hintergrund

Bevölkerungswissenschaftliche Themen finden seit einigen Jahren eine weitaus größere öffentliche Aufmerksamkeit als noch zu Beginn

der 1990er Jahre. Dies hat mehrere Gründe: Der Erste betrifft vorrangig den Geburtenrückgang. Das Jahr 2001 brachte den geringsten jemals für Österreich beobachteten Wert, nämlich den Rückgang der Fertilität auf 1,31 Kinder pro Frau, was einer absoluten Zahl von etwa 75.500 Geburten im Jahr entsprach (Kytir et al. 2002). Allerdings ist dem hinzuzufügen, dass der Rückgang der Geburtenzahlen der vergangenen Jahre zum Teil auf der sinkenden Zahl an Frauen im „Hauptfertilitätsalter“ (20 bis 39 Jahre) beruht.

Auch die späte Fertilität ist ein weiterer Faktor dieser Veränderung. Mütter sind heute im Durchschnitt älter als noch vor einer Generation. Das Durchschnittsalter der Mütter in Bezug auf alle Lebendgeburten (durchschnittliches Fertilitätsalter) erhöhte sich von rund 22 Jahren (1970) auf 28,2 Jahre (2000). Dieser Trend ist in den meisten europäischen Ländern zu beobachten. Allerdings ist das Fertilitätsalter in Österreich immer noch niedriger als in etlichen anderen Gesellschaften Westeuropas. Zudem nimmt die Zahl jener Frauen zu, die kinderlos bleiben.

Ein weiteres Indiz für die Veränderung innerhalb der Familienstrukturen ist die hohe Scheidungsrate. Zwischen 1987 und 2000 stieg die Gesamtscheidungsrate<sup>4</sup> von 30% auf 46% und erreichte damit den höchsten jemals in der österreichischen Scheidungsstatistik ausgewiesenen Wert. Etwas mehr als ein Drittel aller geschiedenen Ehen (2001: 34%) blieb kinderlos. Im Jahr 2001 wurden rund 23,5% der ehelichen Kinder unter 19 Jahren mit der Scheidung ihrer Eltern konfrontiert.

Ebenso änderten sich die Familienformen innerhalb der letzten Jahrzehnte. Ende der 1960er Jahre setzte ein deutlicher Rückgang der Eheschließungen ein. Im Jahr 2001 waren 47% der Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes nicht verheiratet, Familiengründungen ohne Heirat sind gegenwärtig eine ebenso häufige Lebensform wie das Zuwarten mit einer ersten Schwangerschaft bis nach der Eheschließung. Österreich folgt damit dem Trend zur stärkeren Verbreitung „neuer“ Lebensformen: nicht-eheliche Lebensgemeinschaften, LAT (*living apart together*) – Partnerschaft mit getrenntem Wohnsitz –, Single-Haushalte, allein erziehende Mütter.

## 4. Ausgewählte Ergebnisse des PPA

### 4.1. Einstellung zur Veränderung der Familienformen

Wie die Ergebnisse der Studie zeigen, bewerten die Österreicherinnen und Österreicher den Stellenwert der Ehe sehr hoch. So lehnen 74% die Aussage ab, dass die Ehe eine überholte Einrichtung sei. Die Auffassungen der Befragten zum „Stellenwert der Familie“, zur „wachsenden Komplexität der Lebensformen“ und zur „Veränderung im generativen Verhalten“ innerhalb der neuen Familienstrukturen werden in Tabelle 1 dargestellt.

Am stärksten negativ beurteilt werden der allgemeine Geburtenrückgang (82%), die Zunahme der Scheidungen (78%) und die wachsende Anzahl der Paare, die sich zur Kinderlosigkeit entschließen (69%). In wesentlich geringerem Ausmaß abgelehnt werden der Rückgang der Heiratshäufigkeit (35%), die ansteigende Zahl der außerehelich geborenen Kinder (29%) und das Zusammenleben ohne Heirat (22%). Der Geburtenrückgang und eine beabsichtigte Kinderlosigkeit von Paaren wurden von jüngeren Männern und Frauen weniger dramatisch bewertet als von höheren Jahrgängen. Am stärks-

ten sind die Diskrepanzen nach dem Alter bei der Frage einer gewollten Kinderlosigkeit von Paaren: Während 20- bis 24-jährige Frauen dieser Absicht zu 47% ablehnend („negativ“) gegenüberstehen, sind es bei den über 60-Jährigen 65%.

Werden nun einzelne Bevölkerungsgruppen, wie etwa die Alleinlebenden, betrachtet, so verändert sich das relativ „konservative“ Szenario. Seit den 1960er Jahren wird in der demographischen Forschung die so genannte „Pluralisierungsthese“ diskutiert (Vaskovics 1997). BefürworterInnen der Pluralisierungsthese argumentieren, dass neben der Ehe und der traditionellen Familie immer mehr andere Formen von Partnerschaft und Familie gewählt werden. GegnerInnen der Pluralisierungsthese vertreten die Auffassung, dass diese Entwicklung keine wirkliche Alternative zur Ehe und der traditionellen Familie darstellt. Bei diesen Formen handle es sich vielmehr um relativ kurzfristige Übergangsphasen oder um unfreiwillige Notlagen. Die Forschungsfrage lautete daher: Widerspiegelt die mit den politischen Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung transportierte Haltung zur Familie die Realität von Familie und anderen Lebensformen, oder lassen die empirischen Daten andere Rückschlüsse zu? Von In-

Tabelle 1: Beurteilung familialer Entwicklungen (Prozentwerte; 20–65 Jahre)

Items	sehr positiv	positiv	weder noch	negativ	sehr negativ
Die wachsende Anzahl der Paare, die nicht verheiratet sind, aber zusammenleben	6	24	48	20	2
Die wachsende Anzahl der Paare, die sich dazu entscheiden, kinderlos zu bleiben	2	5	24	58	11
Die zurückgehende Anzahl der Heiraten	3	7	55	32	3
Der allgemeine Geburtenrückgang	1	3	14	62	20
Die wachsende Anzahl der Kinder, die eine Zeit lang in Ein-Eltern-Familien leben	2	7	35	48	8
Die wachsende Anzahl von Einzelkindern	1	7	38	49	5
Die Zunahme von Personen, die alleine leben	2	7	40	44	7
Die wachsende Anzahl von Geburten außerhalb der Ehe	2	10	59	24	5
Die Zunahme der Scheidungen	1	2	19	53	25

Quelle: PPA2.

teresse ist also die Frage, ob das politisch propagierte Familienbild den sich verändernden Einstellungen und Lebensformen der Bevölkerung noch gerecht werden kann. Anhand der Daten des PPA wurde die Gültigkeit folgender Thesen überprüft: Personen, die in einer außer-ehelichen Lebensform leben, müssten sich mit dieser identifizieren oder zumindest keine an die Ehe gebundene Lebensform anstreben. Weiters müssten diese Personen in einem stärkeren Ausmaß nicht-traditionale Lebensformen und deren Konsequenzen wie mehr uneheliche Kinder und mehr kinderlose Paare akzeptieren. Wie die Ergebnisse unserer Studie zeigen, lebt ein nicht unbeträchtlicher Teil der Befragten nicht in der klassischen Kleinfamiliensituation. Unsere Befragung ergab unter den 25- bis 64-Jährigen einen Anteil von rund 35%, der nicht in einer Ehe lebte; im Vergleich dazu waren 1992/93 – zum Erhebungszeitpunkt von PPA I – 30% der Befragten (noch) nicht verheiratet gewesen. Die Daten ergeben, dass – auch neben dem Festhalten am Ideal der Ehe – zunehmend neue Lebensformen bewusst gewählt und gesellschaftlich akzeptiert werden. Der starke Zusammenhang zwischen Lebensform und familialer Einstellung lässt erkennen, dass die

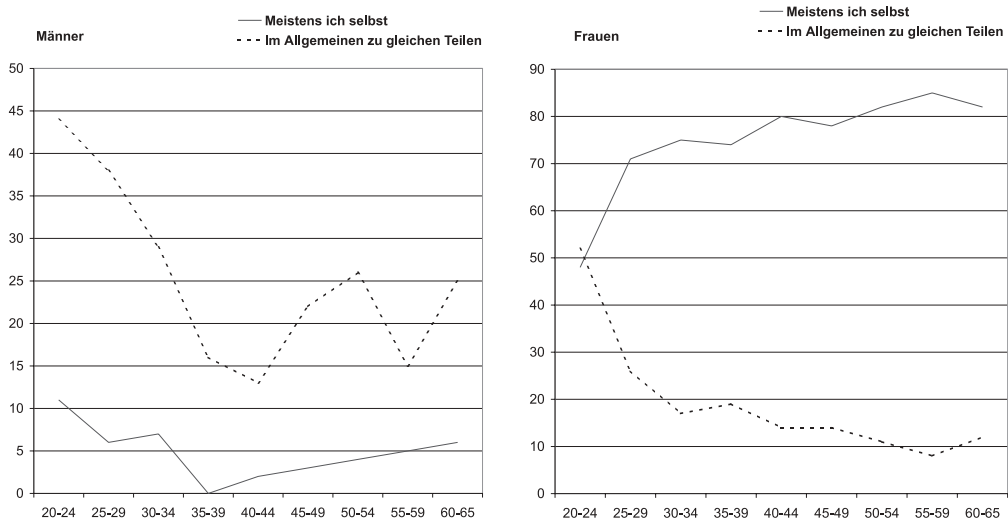
Pluralisierungsthese durchaus Realitätsgehalt besitzt.

#### 4.2. Aufteilung der Familienarbeit

In Auswertungen von Mikrozensus-erhebungen zur Zeitverwendung wurde mehrfach festgestellt, dass in Partnerschaft lebende Frauen über alle Altersgruppen – unabhängig davon, ob sie in den Arbeitsmarkt integriert sind oder nicht – den Alltag der Hausarbeit und der Kinderbetreuung zu einem Großteil im Alleingang bewältigen (Gross 1995). Anhand der Datenlage unserer Studie können neue Ergebnisse zum tatsächlichen Verhalten der Befragten bzw. ihrer Einstellung zur Aufteilung der Familienarbeit gewonnen werden.

Durch den Individualisierungsansatz (vertreten u.a. von Beck/Beck-Gernsheim 1994) wurde auf einen Sachverhalt aufmerksam gemacht, der durch unsere Befunde bestätigt wird. Ungleichheit von Frauen ist vielgestaltig und in allen Lebensbereichen zu finden. Die Tatsache, dass Frauen weitgehend für den Reproduktionsbereich zuständig sind, hat unterschiedliche Auswirkungen auf den Zugang zu sozialen

Abbildung 1: Verrichtung der Hausarbeiten nach Alter der Befragten (Prozentwerte; 20–65 Jahre)



Quelle: PPA II.

Lebenschancen etwa am Arbeitsmarkt (ungleiche Zugangs-, Einkommens- und Karriere-chancen) (Cyba 2000). Aus unseren Daten geht hervor, dass 77% der Frauen den Haushalt alleine bewältigen. Männer anerkennen dies, schätzen ihren eigenen Beitrag aber etwas höher ein, als dies Frauen tun. Sie geben an, dass ihre Partnerin zu rund 72% den Haushalt allein bewältigt, während sie selbst dies zu 4% tun. Auch bei jenen Paaren, die sich die Hausarbeit teilen, gehen Männer eher als Frauen davon aus, dass dies egalitär geschieht (22% zu 17%).

Bei altersspezifischer Betrachtung zeigt sich, dass Männer, die mit einer Partnerin zusammenleben (Ehe oder Lebensgemeinschaft), im Alter zwischen 25 und 34 Jahren die größte Tendenz zur partnerschaftlichen Teilung der Hausarbeit haben (Abb. 1): Rund 38% der 25- bis 29-Jährigen geben an, die häuslichen Tätigkeiten mit der Partnerin zu teilen. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei über 65-jährigen Männern, die zu 71% der Partnerin den Haushalt überlassen, ihn aber auch zu einem Viertel gemeinsam erledigen.

Deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich, wenn die Zufriedenheit mit dem im gemeinsamen Haushalt lebenden Partner/der Partnerin in der Frage der Haushaltsführung eruiert werden soll. Sehr zufrieden sind lediglich rund die Hälfte der Frauen, während über 80% der Männer die Aufteilung der häuslichen Verrichtungen als sehr zufrieden stellend empfinden. Allerdings geben rund 32% der Frauen an, in dieser Frage immerhin teilweise zufrieden zu

sein, bei weiteren 8% entspricht die Situation überhaupt nicht ihren Erwartungen.

Um die Arbeitsleistung rund um die Betreuung von Kindern zu erfassen, wurde diese in einzelne Kategorien unterteilt und jenen Männern und Frauen vorgelegt, die mit mindestens einem unter 15-jährigen Kind zusammenleben (Tab. 2). Rund ein Viertel aller Befragten lebt mit PartnerIn und Kindern zusammen. Bei den untersuchten Tätigkeiten handelt es sich um das Kochen für den Nachwuchs und das Ankleiden der Kinder, den Arztbesuch mit Kindern, Behördengänge für Kinder, im Notfall eine Kinderbetreuung zu organisieren sowie die Wahl der Kinderbetreuungsstätte bzw. Schule. Es wurde auch danach gefragt, wer mit den Kindern spielt oder etwas unternimmt bzw. wer den Kindern bei den Hausaufgaben hilft.

Das Kochen und Anziehen der Kinder wird praktisch zur Gänze den Müttern überlassen – Männer wie Frauen geben zu rund 80% an, dass es die Frauen sind, die diese Aufgaben überwiegend alleine übernehmen. Was einen erforderlichen Arztbesuch und Behördengänge für Kinder betrifft, schätzen die Väter ihren Anteil weit höher ein, als es die Resultate bei den Müttern zeigen. 81% der Frauen geben an, alleine mit den Kindern zum Arzt/zur Ärztin zu gehen, während die Väter angeben, dass dies zu 69% ihre Partnerinnen übernehmen. Als gemeinsame Aufgabe sehen dies 24% der Männer und 16% der Frauen. Bei den Behördengängen geben 18% der Männer, aber 65% der Frauen an, dies überwiegend selbst zu erledigen. Die Wahl der

**Tabelle 2: Aufteilung der Kinderbetreuung (Befragte mit einem Kind unter 15 Jahren im Haushalt; Prozentwerte; 20–65 Jahre)**

	Frauen	Männer
Sich um das Essen der Kinder kümmern	82	8
Kinder anziehen	84	5
Arztbesuch mit den Kindern	80	6
Behördengänge für Kinder erledigen	65	18
Im Notfall eine Kinderbetreuung organisieren	74	6
Wahl der Kinderbetreuungsstätte/Schule	38	4
Mit den Kindern spielen bzw. etwas unternehmen	25	4
Kindern bei den Hausaufgaben helfen	64	7

Quelle: PPA II.

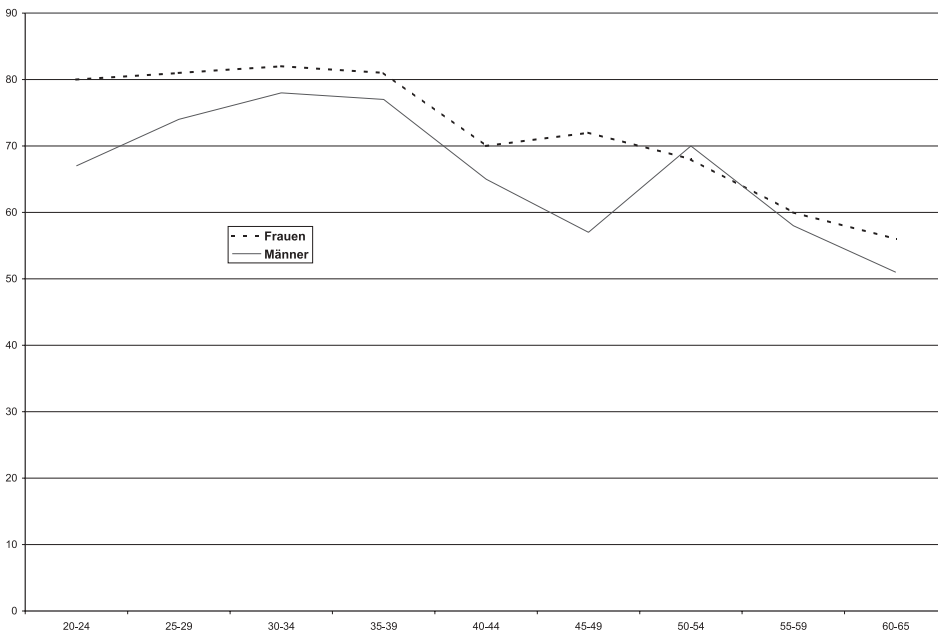
Kinderbetreuungsstätte bzw. Schule fassen die meisten Eltern als gemeinsame Aufgabe auf: Männer geben dies zu rund 70% an und Frauen zu rund 60%. Auch das Spielen mit den Kindern und Unternehmungen geschehen meist arbeitsteilig bzw. gemeinsam. Väter und Mütter geben hier Werte von rund 70% an. Den Kindern bei den Hausaufgaben zu helfen, sind nur 7% der Männer bereit, aber 64% der Frauen. Gemeinsam mit dem Partner/der Partnerin tun dies allerdings 40% der Väter und 30% der Mütter. Bei allen Fragen ist der Anteil der Männer, die etwas überwiegend alleine tun, sehr gering.

Ein weit verbreiteter Ansatz in der Demographie ist jener, Theorien aus der Ökonomie als Erklärungsmodelle zu entlehnen. So wird zur Erklärung des Geburtenrückganges vielfach als Rahmenbezug jene ökonomische Theorie verwendet, wonach Individuen ihr Wohlbefinden zu maximieren suchen (Becker 1991). Danach sei die Fertilität Teil dieser Optimierungsstrategie, da eine Person Nutzen nicht nur aus der Konsumierung von Gütern oder Freizeit bezieht,

sondern auch aus dem Vorhandensein von Kindern. „Fertilitätskosten“ beinhalten neben den Ausgaben für Kinder auch Einkommensausfälle während der Zeit der Arbeitsunterbrechung bzw. bei reduzierter Dauer der Berufstätigkeit, wenn ein Kind zu betreuen ist. Im Hausfrau-Familienernährer-Modell werden aber solche indirekten Kosten vernachlässigt. Der geschlechtsspezifische Charakter von Fertilitätskosten wurde erst spät und erst durch die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen aufgedeckt.

In einer Tiefenanalyse untersuchten wir die These, ob das Ungleichgewicht bei der Aufteilung der Familienarbeit einen (weiteren) Kinderwunsch beeinflusst. Die Ergebnisse zeigen, dass sich dieses Ungleichgewicht signifikant auf den Kinderwunsch auswirkt. Unsere Daten belegen auch den auf den ersten Blick überraschenden Befund, dass die Ungleichverteilung der Hausarbeit von einer großen Zahl von Frauen nicht als Verletzung ihrer Ansprüche erachtet wird. Auf Grund der empirischen Untersuchungen zum Zusammenhang von fa-

Abbildung 2: Akzeptanz der Möglichkeit der Karenzierung von Vätern nach Alter (Prozentwerte; 20–65 Jahre)



Quelle: PPA II.



miliärer Arbeitsteilung und Fertilität kommen wir zum Schluss, dass sich die Institution der Familie als resistenter gegen einen Wandel erweist als Sektoren wie Bildung oder Arbeitsmarkt. Angesichts der Wahrung eines traditionellen Partnerschaftsmodells reagieren Frauen jedoch mit der Verweigerung der zusätzlichen Last eines weiteren Kindes.

#### *4.3. Akzeptanz der Väterkarenz*

Die familialen Verhaltenserwartungen an Frauen sind häufig Gegenstand familiensoziologischer Forschungen sowie politischer Maßnahmen. Hinsichtlich der Partizipation des Mannes in der Familie besteht hingegen großer Handlungs- sowie Forschungsbedarf. Während das Thema der Vereinbarkeitsproblematik von Berufstätigkeit und Mutterschaft in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion breiten Raum einnimmt, haben die veränderten Ansprüche an Männer bezüglich der Betreuung ihrer Kinder bisher nur geringe Aufmerksamkeit gefunden (Fthenakis et al. 2000). Die Veränderung des Vaterbildes hin zum liebevollen, sorgenden und zeitlich engagierten Vater, die sich zwar bisher weitgehend auf der Einstellungs- und weniger auf der Verhaltensebene vollzogen hat (Werneck 1998), bringt neue Anforderungen an die Vaterschaft mit sich. In der Untersuchung wird die Frage aufgeworfen, ob und inwiefern sich das männliche Selbstbild nach Ansicht der Befragten gewandelt hat.

Die Väterkarenz wurde 1991 eingeführt, in der Praxis jedoch blieben Väter bisher nur sehr selten zu Hause bei ihren Kindern. Seit 1992 bewegen sich die Anteile der karenzierten Väter zwischen einem und zwei Prozent. Ob sich die geringe Akzeptanz auch auf der Einstellungsebene feststellen lässt, wird in unserer Studie überprüft (Abb. 2). Aus der Grundgesamtheit befürworten 70% die Karenz für Väter, 17% nehmen eine ablehnende Haltung ein. Von den 73% der Frauen, die der Väterkarenz positiv gegenüberstehen, sind es vor allem die jüngeren Frauen (20 bis 39 Jahre), die zu rund 80% für die Väterkarenz eintreten. Dieser Idee stehen Männer in der

Lebensmitte (45 bis 49 Jahre; 32%) und die über 60-jährigen Männer (34%) besonders skeptisch gegenüber.

Das Ergebnis zeigt, dass die neuen Regelungen für Männer prinzipiell von beiden Geschlechtern begrüßt werden. In der Praxis werden sie jedoch – wie bereits erwähnt – von Männern kaum genutzt. Als Gründe für diese Diskrepanz werden die schwierige Vereinbarkeit mit dem Beruf und der zu große Einkommensverlust genannt. Als irrelevant erachtet werden hingegen von beiden Geschlechtern ein eventueller Verlust des Ansehens im Freundes- und KollegInnenkreis. Auch glauben weder Männer noch Frauen, dass Männer mit Kleinkindern nicht umgehen können.

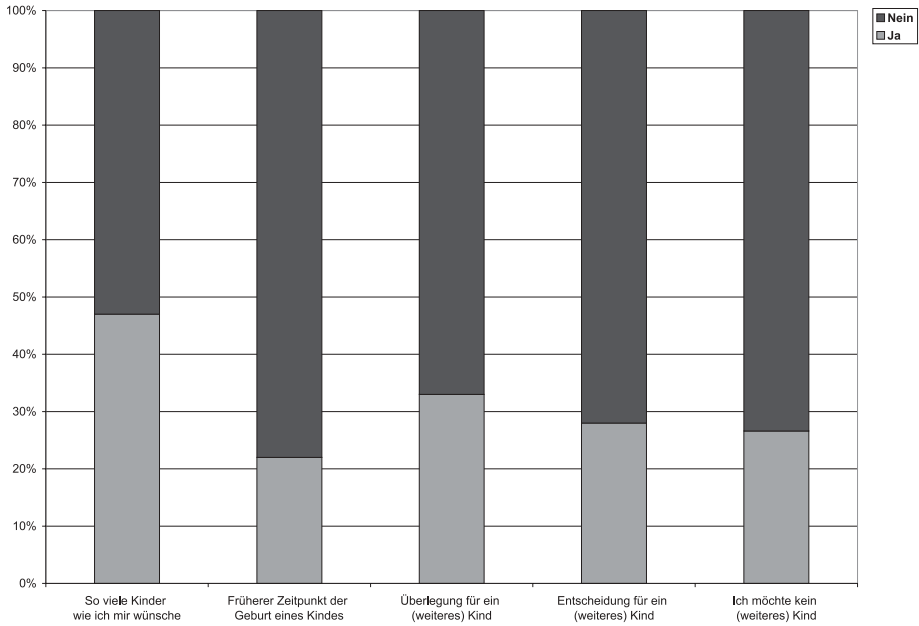
#### *4.4. Einfluss der Familienpolitik auf den Kinderwunsch von Frauen*

Die Akzeptanz familienpolitischer Maßnahmen und deren Auswirkung auf das generative Verhalten der Befragten bilden einen Schwerpunkt unserer Untersuchung. Allerdings ist die Wirkung familienpolitischer Maßnahmen auf den Kinderwunsch und die angestrebte Familiengröße umstritten (Fux et al. 1997). Die Ergebnisse der ersten PPA-Befragung deuten auf einen nur geringen Einfluss der Familienpolitik auf die gewünschte und die tatsächlich realisierte Kinderzahl hin.

Um die Wahrnehmung der Zielrichtung sowie der Effizienz staatlicher Maßnahmen durch die Befragten zu erforschen, wurde in der Analyse die Präferenz verschiedener Anreize zur Unterstützung von Familien und die Bewertung hypothetischer Maßnahmen der Familienpolitik überprüft. Die Vorschläge betreffen monatliche Transfers an Familien (Erhöhung der Kinderbeihilfe u.ä.), erwerbsbezogene familienpolitische Maßnahmen wie z.B. flexiblere Arbeitszeiten sowie den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Nachfolgend werden nur die Beurteilungen jener Altersgruppen betrachtet, für die der Kinderwunsch relevant ist (Abb. 3).

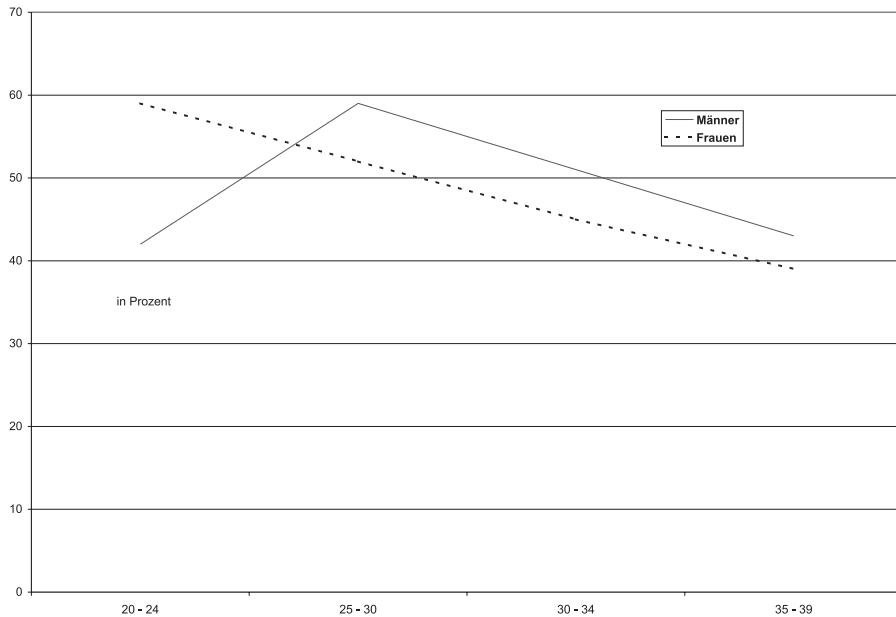
Knapp die Hälfte der 20- bis 39-jährigen Befragten gibt an, dass es bei Einführung der von

Abbildung 3: Konsequenzen wünschenswerter familienpolitischer Maßnahmen auf den eigenen Kinderwunsch von Frauen im Alter von 20–39 Jahren (Prozentwerte)



Quelle: PPA II.

Abbildung 4: Einfluss familienpolitischer Maßnahmen auf den eigenen Kinderwunsch von Frauen nach Alter und Geschlecht (Prozentwerte; 20–39 Jahre)



Quelle: PPA II.



ihnen bevorzugten familienpolitischen Maßnahmen für sie leichter wäre, die gewünschte Anzahl von Kindern zu bekommen. 49% der Männer und 47% der Frauen dieses Alters erhoffen sich davon eine Hilfe bei der Realisierung der gewünschten Kinderzahl. Mehr als die Hälfte der Befragten gibt jedoch an, dass staatliche Förderungen keinen Einfluss auf ihr Verhalten haben. Bei den jungen Frauen (20 bis 24 Jahre) sind es knapp 60%, die angeben, dass die Familienpolitik eine gravierende Auswirkung auf ihren Kinderwunsch hat (Abb. 4). Mit zunehmendem Alter der Frauen verliert die Familienpolitik an Einfluss auf deren Kinderwunsch.

Vor allem auf den Zeitpunkt der Geburt eines (weiteren) Kindes scheint die Einführung familienpolitischer Maßnahmen einen geringen Einfluss zu haben: Nicht einmal ein Viertel aller 20- bis 39-jährigen Befragten würde dann ihren Kinderwunsch früher realisieren; dies geben rund 23% der Männer und 25% der Frauen an. Befragte mit Pflichtschulabschluss geben im Falle einer Optimierung familienpolitischer Maßnahmen zu 27% an, ein (weiteres) Kind früher zu bekommen, höher Gebildete (Berufsschule, Matura, Hochschule) zu rund 21%.

Auch eine so schwer wiegende Entscheidung wie jene, entweder kinderlos zu bleiben oder keine weiteren Kinder mehr in die Welt zu setzen, wird kaum von der Einführung bzw. Verbesserung familienpolitischer Entscheidungen

abhängig gemacht. Die Möglichkeit, unter diesen Umständen „zu überlegen“, ein (weiteres) Kind zu bekommen, zieht rund ein Drittel der Befragten in Betracht. 38% der Männer und 34% der Frauen zeigen sich von der Einführung der von ihnen favorisierten Maßnahmen beeinflusst. Die 20- bis 24-jährigen Frauen halten auch hier in deutlich höherem Maße familienpolitische Maßnahmen für wichtig: 51% dieser Altersgruppe könnten sich bei größeren Unterstützungsleistungen ein (weiteres) Kind vorstellen. In Bezug auf das Bildungsniveau lässt sich auch hier sagen, dass Personen mit Pflichtschulabschluss am ehesten angeben, in ihren Überlegungen beeinflussbar zu sein. Bei einem Hochschulabschluss dagegen ist der umgekehrte Effekt zu beobachten.

#### 4.5. Wahrnehmung geschlechtsspezifischer Diskriminierung in der Arbeitswelt

Unsere Erhebung enthält Fragen, die auf die Wahrnehmung eines existierenden (Un)Gleichgewichts im Beruf (Lohnschere, Karrierechancen, Wiedereinstieg nach Berufsunterbrechung) abzielen. Es wird gemessen, inwieweit die Befragten hinsichtlich der Geschlechterfrage sensibilisiert sind, und zwar bei Männern bezüglich einer konstatierten Ungleichheit von Frauen und bei Frauen bezüglich des eigenen Bewusstseins. Damit soll eruiert

**Tabelle 3: Einstellung zur Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft (Zustimmung in Prozent; 20–65 Jahre)**

	Frauen	Männer	Gesamt
Mütter haben nach ihrer Karenzzeit Schwierigkeiten, wieder ihre vorherige berufliche Position zu erreichen.	80	70	75
Wenn Frauen die gleiche berufliche Stellung haben wie Männer, werden sie gewöhnlich schlechter bezahlt.	89	83	86
Frauen haben dieselben Chancen, eine berufliche Karriere zu machen, wie Männer.	30	36	33
Die derzeitigen Familienförderungsmaßnahmen (Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen, Familienbeihilfe usw.) reichen aus, damit Frauen dieselben beruflichen Möglichkeiten haben wie Männer.	15	19	17

Quelle: PPA II.

werden, ob bzw. wie der/die Einzelne die Geschlechterfrage überhaupt wahrnimmt (Tab. 3).

Das Bewusstsein bezüglich der Geschlechterungleichheit wurde durch die Frage „Was denken Sie über die Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft?“ überprüft. Das Ausmaß an Zustimmung bzw. Ablehnung zu verschiedenen Aussagen ergab ein generell hohes Bewusstsein bezüglich eines bestehenden Ungleichgewichtes. Etwa 75% aller Befragten glauben, dass sich die Abwesenheit von Frauen vom Arbeitsmarkt während ihrer Karenzzeit negativ auf die vorherige berufliche Position auswirkt. Während dieser Aussage rund 70% der Männer zustimmen, ergibt sich bei den Frauen ein noch höherer Wert (80%). Sehr skeptisch zeigen sich besonders Frauen zwischen 20 und 29 Jahren sowie zwischen 35 und 44 Jahren (Werte über 80%). Rund 83% der Männer und 89% der Frauen sind sich der Tatsache bewusst, dass Frauen auch bei gleicher beruflicher Qualifikation Einkommensnachteile zu verzeichnen haben. Das Wissen bzw. Bewusstsein darüber ist besonders bei den älteren Befragten sehr hoch: Über 90% der 55- bis 59-jährigen Männer sowie der 55- bis 65-jährigen Frauen stimmen dieser Aussage zu. Dass Frauen nicht die gleichen Karrierechancen wie Männer besitzen, glauben 56% der Männer. Weit skeptischer zeigen sich die Frauen mit 66%. Eine weitere Frage zielte darauf ab, ob Frauen die Familienpolitik als entscheidende Unterstützung für die Integration von Müttern ins Berufsleben ansehen. 65% aller Befragten beantworteten dies negativ, Frauen sind jedoch wesentlich ablehnender eingestellt als Männer. 70% der Frauen denken, dass die familienpolitischen Maßnahmen unzureichend seien; die 25- bis 34-jährigen Frauen geben dies zu 71 bis 77% an. Männer sehen die Lage deutlich weniger dramatisch, insbesondere in den jüngsten (20 bis 29 Jahre) und den älteren Altersgruppen (50 bis 54 und 60 bis 65 Jahre).

Überprüft wurde in unserer Untersuchung ein Zusammenhang zwischen dem Kinderwunsch und den Zustimmungswerten bzw. Ablehnungswerten der in Tabelle 3 dargestellten Fragen, die als Gradmesser der gesellschaftlichen Integration von Frauen fungieren. Die Ergebnisse zeigen

allerdings, dass es bei keinem der von uns untersuchten Items einen Zusammenhang zwischen hoher Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen in der Arbeitswelt und einem verringerten Kinderwunsch gibt.

#### *4.6. Akzeptanz der Frauenförderungs politik*

Die Daten geben auch Aufschluss darüber, ob die Befragten der Meinung sind, die Gleichstellung von Männern und Frauen sei durch den Staat herzustellen. Im Besonderen wird eruiert, ob einzelne Maßnahmen den Bedürfnissen von Frauen entgegenkämen bzw. ob die Befragten solche Angelegenheiten überhaupt dem Staat überantworten wollen. Hier geht es also darum zu eruieren, inwieweit sich „private“ und „öffentliche“ Themen ineinander verschränken sollen. Bestimmte sozialpolitische Maßnahmen zur Stärkung des Gleichgewichtes der Geschlechter im privaten und öffentlichen Bereich (Arbeitsmarkt, Politik) wurden den Befragten zur Auswahl vorgelegt (Tab. 4).

Nimmt man die Antwortmöglichkeiten „stimme völlig zu“ und „stimme eher schon zu“ zusammen, so erachten 81% der Männer und nahezu 90% der Frauen es als Aufgabe des Staates, die Chancen für Frauen am Arbeitsmarkt zu verbessern. Die weiblichen Befragten sind in allen Altersgruppen in gleich hohem Maße dieser Meinung. Die „völlige“ Zustimmung zu solchen Maßnahmen ist bei Männern zwischen 25 und 29 sowie zwischen 40 und 44 Jahren am geringsten (33% bzw. 34%). Wenig geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich bei den geforderten Maßnahmen, die der Einkommensschere zwischen Männern und Frauen entgegenwirken sollen. Über 90% der männlichen und weiblichen Befragten aller Altersgruppen sind der Meinung, dass der Staat sich um Abhilfe bemühen müsste. Die zunehmende Beteiligung von Frauen in der Politik ist für Frauen wesentlich wichtiger als für Männer (61% versus 47%). Besonders im mittleren Alter stimmen Frauen dieser Aussage zu. Dass der Staat gezielt Förderungen einsetzt, damit Frauen mehr technische Berufe ergreifen, ist für rund 73% der Frauen, aber für nur 62% der Männer

Tabelle 4: Zustimmung zu Aspekten der Frauenförderungspolitik (Prozentwerte; 20–65 Jahre)

Die Förderungen zur Gleichberechtigung sollten ...	Frauen	Männer	Gesamt
... dazu dienen, die Möglichkeiten bzw. Chancen von Frauen am Arbeitsmarkt zu verbessern	88	81	85
... dazu beitragen, dass Männer und Frauen für gleichwertige Arbeit die gleiche Bezahlung erhalten	95	91	93
... darauf abzielen, die Beteiligung von Frauen in der Politik zu fördern	61	47	54
... dazu dienen, die Beteiligung von Frauen in technischen Berufen zu fördern	73	62	67
... darauf abzielen, die Beteiligung von Frauen in leitenden Positionen zu fördern	77	62	69
... dazu dienen, Väter zu ermutigen, sich verstärkt an der Kinderbetreuung und -erziehung zu beteiligen	69	58	64
... dazu anregen, die Haushaltspflichten partnerschaftlich zu teilen	63	57	60

Quelle: PPA II

wichtig bis sehr wichtig. Deutlich unterscheiden sich Männer und Frauen, wenn es darum geht, die Beteiligung von Frauen in leitenden Positionen zu fördern. Frauen befürworten dies in Summe mit über 77%, Männer dagegen mit rund 62%. Sehr wichtig ist den jüngsten befragten Frauen (64%) ein Eingreifen des Staates in karrierebezogene Belange des Erwerbslebens.

Den privaten Bereich betreffend wurde die Frage gestellt, ob der Staat dahingehend eingreifen soll, Väter dazu zu ermutigen, sich verstärkt an der Kinderbetreuung und –erziehung zu beteiligen. Auch hier finden Frauen, dass es durchaus angebracht wäre, seitens des Staates Maßnahmen in diese Richtung zu setzen (69%). 58% der Männer sind ebenfalls dieser Meinung. Am vordringlichsten ist dies für die 30- bis 34-jährigen Männer (33%) sowie für die 35- bis 39-jährigen Frauen (46%). In eine ähnliche Richtung geht die Frage nach gewünschten Maßnahmen, die dazu anregen, die Haushaltspflichten partnerschaftlich zu teilen. Insgesamt geben knapp 60% der Befragten an, dies „sehr“ oder „eher schon“ zu befürworten. Frauen und Männer sind zu je rund 63% bzw. rund 57% dieser Meinung. Sehr junge Frauen und Männer (20 bis 24 Jahre) erachten solche Maßnahmen als viel dringlicher als ältere Befragte.

Politische Interventionen zur Frauenförderung werden von Frauen in weit höherem Maße be-

fürwortet als von Männern. Frauen nehmen Diskriminierungen sowohl auf der privaten als auch auf der öffentlichen Ebene sehr viel stärker wahr als Männer. Es scheint, dass das Vertrauen in die Wirkung von staatlichen Interventionen in Belange des Erwerbs- und Privatlebens bei Frauen größer ist.

## 5. Fazit

Bevölkerungsfragen befinden sich stets an der Schnittstelle zwischen Individuum und Staat und dessen Interesse an der Reproduktion seiner BürgerInnen. Die meisten Industriegesellschaften Europas – darunter auch Österreich – verfolgen explizit keine pronatalistischen Ziele. Dennoch orientieren sich familienpolitische Maßnahmen primär am Paradigma der Kleinfamilie. Deren Förderung würde nach dieser Logik eine Gegensteuerung zur rückläufigen Geburtenentwicklung bewirken. Jenes Drittel der Befragten unserer Studie, das nicht in einer ehelichen Gemeinschaft lebt, identifiziert sich allerdings in überwiegendem Ausmaß mit der jeweiligen Lebensform als Alleinerziehende, als getrennt voneinander lebende PartnerInnen, als Alleinstehende oder als Personen in nichtehelichen Partnerschaften. Sie betrachten diese Lebensformen überwiegend auch nicht als Übergangsphase. Trotzdem wer-

den derartige „neue Lebensformen“ nur sehr zögerlich politisch anerkannt.

Auch unter DemographInnen setzt sich mittlerweile die Auffassung durch, dass das traditionelle Familienmodell mit einer lebenslangen Ehe und der rigorosen Geschlechtertrennung eher ein Hindernis als ein unterstützendes Klima für höhere Geburtenraten bildet. So fließt in die demographische Forschung langsam die Annahme ein, dass die Familie nicht eine statische Institution ist, sondern vielmehr eine Gruppe von Einzelpersonen, die kollektive, aber nicht notwendigerweise konsensuale Entscheidungen treffen. Zudem zeichnen sich zunehmend Tendenzen ab, die Dringlichkeit des Zusammenhangs zwischen verändertem weiblichen Bewusstsein und dem demographischen Wandel zu berücksichtigen. Wesentlichen Einfluss auf die Möglichkeiten von Frauen in der Arbeitswelt hat die Arbeitsteilung in der Familie, insbesondere die Aufteilung von Hausarbeit, Kinderbetreuung und Altenpflege. Nach unseren Daten vermittelt die innerfamiliäre Arbeitsteilung das Bild eines statischen Gefüges, das sich im Kern den aktuellen Transformierungsprozessen widersetzt. Auch in die öffentliche Debatte fließen Forderungen nach Teilhabe der Väter an der Kindererziehung nur am Rande ein. Die empirische Untersuchung belegt jedoch auch, dass sich ein traditionelles Partnerschaftsmodell negativ auf den Kinderwunsch auswirkt.

Die Ergebnisse unserer Befragung zeigen, dass selbst eine Erweiterung familienpolitischer Transfersleistungen wenig Einfluss auf den Wunsch nach einem (weiteren) Kind nimmt. Die Forcierung der Geburtenraten allein durch familienpolitische Interventionen erweist sich nach unseren Untersuchungen als kaum erfolgversprechende Strategie.

Bei Evaluierung der Frauen- und Familienförderungsmaßnahmen zeigt sich ein deutlicher Trend: Frauen vertrauen den Konzepten der Frauenförderung, erhoffen also, dass der Staat die berufliche Integration und die Karrierebestrebungen von Frauen unterstützt. Andererseits werden familienpolitische Akzente gesetzt (z.B. Kinderbetreuungsgeld), die nur unschwer als Förderung der Hausfrauenehe zu deuten sind. Daraus kann folgender Schluss gezogen wer-

den: Die ordnungspolitischen Vorstellungen von Frauenförderungs- und Familienpolitik bestehen darin, ihre Instrumente primär zur Steuerung des Gebärverhaltens von Frauen einzusetzen und gleichzeitig die traditionelle Arbeitsteilung der Geschlechter aufrechtzuerhalten. Frauen bleiben durch ihre Gebärfähigkeit zuallererst als Geschlechtswesen, die die Konsequenzen der Mutterschaft alleine zu tragen haben, definiert. Eine solche Strategie konterkariert eine potentiell eigenständig agierende Frauenpolitik, indem an der sozialen Geschlechterrolle von Frauen festgehalten wird.

#### ANMERKUNGEN

- 1 Ich möchte mich bei Dieter Bichlbauer für die kollegiale Zusammenarbeit beim Projekt PPA bedanken.
- 2 Eine – allerdings thematisch eingeschränkere – erste Befragung (PPA I) fand in Österreich bereits 1992/93 statt.
- 3 Neben Österreich auch Belgien (flämischer Teil), Deutschland, Estland, Finnland, Italien, die Niederlande, Polen, Rumänien, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn und Zypern.
- 4 Ehescheidungen bezogen auf die in einem Jahr insgesamt geschlossenen Ehen.

#### LITERATUR

- Beck, Ulrich/Elisabeth Beck-Gernsheim* (Hg.) (1994). *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*, Frankfurt/M.
- Becker, Gary S.* (1991). *A Treatise on the Family*. Cambridge, Massachusetts. Enlarged edition.
- Cyba, Eva* (2000). *Geschlecht und soziale Ungleichheit. Konstellationen der Frauenbenachteiligung*, Opladen.
- Fithenakis, Wassilios/Bernhard Kalicki/Beate Minsal* (2000). *The Multiple Aspects of Fatherhood: A Plea for an Expanded Concept of Fatherhood*, in: Joseph Rowntree Foundation (Hg.): *Fatherhood in a New Millennium*, New York.
- Fux, Beat/Andi Bösch/Priska Gisler/Doris Baumgartner* (1997). *Bevölkerung und eine Krise Politik. Die schweizerische Migrations-, Familien- und Alterspolitik im Fadenkreuz von Einstellungen und Bewertungen*, Zürich.
- Gisser, Richard* (Hg.) (2003). *Population Policy Acceptance Survey (PPA II). Familie, Geschlechterverhältnis, Alter und Migration. Wissen, Einstellungen und Wünsche der Österreicherinnen und Österreicher. Tabellenband und Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse*. Forschungsbericht Nr. 25. Institut für Demographie. Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien.

- Gross, Inge (1995). Erhebung über die Zeitverwendung 1981 und 1992. Hauptergebnisse – 1. Teil, in: Statistische Nachrichten, 2, 116–121.
- Kytir, Josef/Helga de Wild/Peter Zuser (2002). Demographische Strukturen und Trends 2001, in: Statistische Nachrichten, 10, 736–754.
- Vaskovics, Lazlo A. (1997). Wandel und Kontinuität der Familie im Spiegel der Familienforschung, in: Laszlo A. Vaskovics (Hg.): Familienleitbilder und Familienrealitäten, Opladen, 20–35.
- Werneck, Harald (1998). Übergang zur Vaterschaft. Auf der Suche nach den „Neuen Vätern“, Wien-New York.

#### AUTORIN

Irene Marjam TAZI-PREVE. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Demographie, Österreichische Akademie der Wissenschaften. Forschungsschwerpunkte: Geschlechterverhältnisse und Fertilität, Familienpolitik, Schwangerschaftsabbruch (Österreich und Europa).

Kontakt: Österreichische Akademie der Wissenschaften, Institut für Demographie, Prinz-Eugen-Str. 8, A-1040 Wien.

E-mail: Irene.Tazi@oeaw.ac.at